

# Forum Neue Politik der Arbeit

Protokoll der Jahrestagung am 20. Und 21. März 2014

## Nationale europäische Gewerkschaften in Zeiten der Eurokrise – Entwicklungstendenzen und Strategien im Vergleich

### 1. Vorbemerkung

Wie gewohnt legen wir für einen raschen Überblick über die Schwerpunkte von Vorträgen und Debatten auf unserer Jahrestagung 2015 ein Ergebnisprotokoll vor. Allen TeilnehmerInnen, ReferentInnen wie Diskutanten sei nochmals herzlich gedankt. Wir denken, dass uns die Tagung in den Einschätzungen der unterschiedlichen Handlungsbedingungen der Gewerkschaften in den Mitgliedsstaaten der EU angesichts der Herausforderungen der Europa-Krise einen Schritt vorangebracht hat. Das gilt auch für die Gewinnung von mehr Klarheit über Möglichkeiten und Grenzen der Verallgemeinerung von arbeitspolitischen Zielen und Forderungen auf dem Weg zu einer Neubegründung des europäischen Projekts. Gegen das perspektivlose „Weiter-so“ der neoliberalen Austeritätspolitik und die „chronische Unterernährung der Phantasie“, die es für tragfähige Alternativen dazu braucht, haben wir auf unserer Tagung gearbeitet. Ein Tagungsband soll im Herbst im VSA-Verlag erscheinen.

### 2. Begrüßung

**Olivier Höbel** dankt allen Unterstützern der Jahrestagung 2015 und betont in seiner Begrüßung den zentralen Stellenwert des Europa-Themas.

Subjektivierung und Neue Politik der Arbeit oder auch Neue Wirtschaftsdemokratie als zentrale Themen des Forums müsse man im europäischen Kontext diskutieren. Deshalb stand die Europa-Krise schon wiederholt im Zentrum von Jahrestagungen. Dieses Mal gelte es, sich nationale und regionale Differenzierungen gewerkschaftlicher Handlungsbedingungen und Herausforderungen näher anzusehen. Daran schließe sich dann die Frage an, welche Verallgemeinerungen von Zielen und Forderungen möglich seien, oder ob wir unbeherrschbaren Konkurrenzkämpfen ausgesetzt blieben. Der Aufruf von DGB und Mitgliedsgewerkschaften angesichts des Ausgangs der Wahlen in Griechenland stimme ja hoffnungsvoll. Aber es stelle sich die Frage, ob das ein Appell bleibe oder ob mehr daraus werde.

**Klaus Busch** dankt der HBS, dem DGB Landesbezirk und den (Landes)Bezirken von IG Metall und IG BAU, ganz besonders aber auch Frank Bsirske, für die Unterstützung beim Zustandekommen und bei der Finanzierung dieser Tagung.

Wir seien mit einer Stagnationskrise der EU konfrontiert, die Eurokrise flamme im Zeichen der Griechenlandkrise wieder auf, ganz zu schweigen von der Ukraine. Das geringfügig modifizierte Tagungsprogramm orientiere sich bei der Auswahl nationaler Fallstudien an der

Gewerkschaftstypologie, die Hans Platzer vorgelegt habe. Die Gewerkschaften in Europa stünden vor enormen Problemen, etwa Rückgängen bei Mitgliederzahlen, bei den Tarifdeckungsgraden, v. a. in den Troika-Ländern usw. Sicherlich gebe es unterschiedliche Handlungsbedingungen, auch unterschiedliche Interessenlagen, aber die gebe es auch im jeweiligen nationalstaatlichen Rahmen. Weshalb also gelinge es nicht, auf europäischer Ebene gegenzuhalten? Warum komme die tarifpolitische Koordinierung nicht voran? Mit dem dramatischen Lohnabbau in Südeuropa drehe sich die Abwärtsspirale weiter. Die Probleme würden zu uns zurückkommen. Dagegen gehe es um die Verallgemeinerung von Interessen auf europäischer Ebene.

### **3. Vorträge und Diskussionen des ersten Tages**

#### **3.1. Hans-Wolfgang Platzer: Entwicklung nationaler Gewerkschaften in Europa. Ein Überblick**

Ein objektives Problem für die Gewerkschaften bestehe in der Expansion und Überlagerung unterschiedlicher Krisenprozesse von der Weltfinanzkrise bis zur Staatschuldenkrise in der EU. Weiter gebe es national unterschiedliche Krisenverläufe von der kurzfristig erfolgreichen Moderation in Nord-West-Europa bis zu den massiven Krisenentwicklungen im Süden. Das führe zu Spannungsverhältnissen, zu einer krisenbedingten Drift von Handlungsprioritäten und Ressourcen, von Solidaritätszwängen und –chancen.

Seit 1997 unterscheide er vier Gewerkschaftstypen: (1) den nordischen Korporatismus, (2) die kontinentaleuropäische Sozialpartnerschaft, (3) den angelsächsischen Pluralismus und (4) die romanische Polarisierung. In Osteuropa komme da die Herausbildung eines eigenständigen Transittypus, mit Binnendifferenzierungen, hinzu; und in Frankreich sei seit längerem die Herausbildung von so etwas wie einer Hybridisierung des polarisierenden Modells in Richtung Sozialpartnerschaft zu beobachten. Aber im Kern hätten sich die vier Haupttypen durchgehalten.

Frage man nach gewerkschaftlichen Machtressourcen in einzelnen Staaten, so seien (1) ökonomisch-strukturelle, (2) organisatorische, (3) institutionelle und (4) kommunikative Macht zu unterscheiden. Weiter sei dieses Analyseraster um eine transnationale Dimension zu erweitern. Hier stünden die Gewerkschaften vor der Herausforderung zur Herstellung von Kohärenz ideologisch-programmatischer Positionen und europapolitischer Strategievorstellungen.

Man könne derzeit zwei Entwicklungslinien unterscheiden: zum einen, z. B. in Deutschland, den Entwicklungspfad vom Wettbewerbskorporatismus zu einem neuen Krisenkorporatismus; zum anderen, z. B. in den Troika-Staaten, die Sprengung traditioneller institutioneller Mechanismen durch die Wucht der Krise. Darauf bezogen würden unterschiedliche Perspektiven gesehen: (1) die optimistische eines erfolgreichen Ko-Managements das vom Wettbewerbskorporatismus zu einer erneuerten sozialen Marktwirtschaft führen solle; (2) die einer weiteren Finanzialisierung und Landnahme durch den Markt, die die Beschwörung der sozialen Marktwirtschaft aussichtslos mache, hingegen Organisationslernen jenseits ausgetretener Pfade und eine Wiederbelebung des demokratischen Klassenkampfes erfordere.

Der Blick auf die Empirie zeige: sinkende Organisationsgrade, z. T. verstärkt seit 2008, mit aber immer noch 70% in Schweden bis zu unter 10% in Frankreich. Es gebe große Unterschiede im Tarifdeckungsgrad mit dramatischen Abstürzen in Griechenland, Spanien, Portu-

gal und Italien. Die dominante Verhandlungsebene sei in vielen Ländern noch die sektorale, aber es gebe Dezentralisierungstendenzen (bei massiver Verlagerung auf die betriebliche Ebene in Irland und Rumänien). In den südlichen Krisenländern sei die De-Kollektivierung sektoral massiv, aber auch betrieblich erheblich. Die EU-Politik „beschäftigungsfreundlicher Reformen“ folge der kruden neoliberalen Philosophie, und die EU-Kommission empfehle im Rahmen des europäischen Semester parallel zum lohnpolitischen Interventionismus der Troika die Abschaffung von Zusatzleistungen im ÖD. Dagegen müsse eine gewerkschaftliche Perspektive zielen auf: (1) einen Bruch mit der Orientierung auf Wettbewerbsfähigkeit, (2) die Verteidigung der nationalen Tarifvertragssysteme sowie (3) die Einflussnahme auf europäische Entscheidungsprozesse.

### 3.2. Diskussion

In der kurzen Diskussion werden vier Punkte angesprochen:

- Die Krise sei Ausdruck einer strukturellen Überakkumulationskrise, auf die hin das neoliberale Rollback erfolgt sei.
- Der sehr kompakte Vortrag habe die Entwicklung hin zu postdemokratischen Verhältnissen (Crouch) vernachlässigt. Für die Herausforderungen, denen die Gewerkschaften in Europa gegenüberstünden, sei das aber zentral.
- Die Verteidigung oder auch Rückgewinnung (Spanien) von Handlungsspielräumen müsse primär auf der jeweiligen nationalen Ebene erfolgen. Sie sei aber zu flankieren durch die Eroberung Kommunikativer Macht auf europäischer Ebene.
- Die Erfahrungen mit der tarifpolitischen Koordinierung seien niederschmetternd, und die Lage sei im vergangenen Jahrzehnt eher schlechter geworden. Hinzu komme, dass das alte „Geleitzugprinzip“ ja auch im nationalen Rahmen nicht mehr funktioniere. Also benötige man eine beteiligungsorientierte Tarifpolitik. Mit der sei man aber wieder weiter von der europäischen Ebene entfernt. Zugespißt sei zu fragen, ob man Europa ohne Tarifkoordination denken könne.

**Hans Platzer** stimmt den zuerst angesprochenen Punkten im Wesentlichen zu. Der Einwand zur Demokratieproblematik sei berechtigt. Er habe sich eben begrenzen müssen. Zur tarifpolitischen Koordinierung beharrt er darauf, dass es Ansätze gebe. Die gelte es weiter zu entwickeln, aber die Gewerkschaften gingen da nicht ran.

### 3.3. Berichte aus den Arbeitsgruppen

**Bericht AG 1** (Großbritannien, Schweden):

Die Krise der Gewerkschaften beginnt in beiden Ländern bereits Mitte der 1980er bzw. Anfang der 1990er Jahre. Im vereinigten Königreich ist die betriebliche, in Schweden die sektorale Ebene für die Tarifpolitik die wesentliche. In beiden ist Staaten heute eine wachsende Akzeptanz von Gewerkschaften zu verzeichnen.

In Großbritannien sind die Gewerkschaften (noch) relativ stark im ÖD, aber schwach in der Privatwirtschaft. Im ÖD sind die Reallöhne aber seit einigen Jahren faktisch eingefroren: Reallohnverluste von ca. 10% sind die Folge.

Im Vereinigten Königreich muss von einer Lockerung der alten Strukturen gesprochen werden, sichtbar u.a. an der deutlich verringerte Streikaktivität. Aber auch in Schweden wird das

klassische korporatistische Modell ausgehöhlt, aber die Tragfähigkeit institutioneller Strukturen ist immer noch beachtlich.

Als Herausforderungen und Perspektivthemen wurden genannt:

- (1) Migration und Repräsentanz der Migranten in der Gewerkschaftsmitgliedschaft,
- (2) Bildung,
- (3) die Jugend als Verlierer der Krise,
- (4) Gesundheit mit hohem Politisierungspotential,
- (5) starke rechts(populistische) Tendenzen und
- (6) die Krise der Sozialdemokratischen Politik äußert sich auch als Krise der Gewerkschaften.

#### **Bericht AG 2 (Litauen, Polen, Slowenien):**

Es gibt eine durchgängige Absenkung von Rechten. Ein neues Arbeitsgesetzbuch in Litauen wird gerade verhandelt. Große Einschränkungen gibt es hier im Streikrecht (bei Brauereien mit dem „Argument“, hier gehe es um Grundversorgung!) Weiterhin sind eine hohe Inflation und hohe Jugendarbeitslosigkeit kennzeichnend.

Es gibt viele gut qualifizierte Beschäftigte – aber es fehlt der „Mittelbau“. Die Kaufkraft in den Ländern steigt aber durch die Überweisung von Geld von Seiten der Arbeitsemigranten.

Kennzeichnend ist, dass gar nicht so sehr die Troika für die Durchsetzung der neoliberalen Glaubenssätze entscheidend sei. In Litauen wirke vor allem der Einfluss der USA; und in Polen sei es auch weniger die Troika als vielmehr „vorausseilender Gehorsam“.

Es gibt eine extreme Fragmentierung der Gewerkschaften und einen Rückgang der Mitgliederzahlen. In Slowenien und Polen sind ca. 70% der Neueinstellungen befristet: Das betrifft v. a. Jugendliche/junge Beschäftigte, und da haben die Gewerkschaften dann keine Chance Mitglieder zu gewinnen.

Im Blick auf Perspektiven werden angesprochen: (1) die Euro-Betriebsräte werden als Potential unterschätzt. (2) In Slowenien ist der Mindestlohn erhöht worden und (3) ein europäischer Mindestlohn (60% vom europäischen Median) wäre als vereinheitlichende Zielsetzung wichtig.

#### **Bericht AG 3 (Spanien, Italien):**

In Italien gab es schon vor der Krise viele ökonomische Strukturprobleme. Spanien hingegen konnte bis zur Krise als „Musterschüler“ gelten, aber das beruhte auf der massiv aufgeblähten Immobilienblase.

In Italien ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad relativ hoch (über 30%), in Spanien hingegen niedriger (20%, nach der Krise auf 16,4% gesunken). Aber in Italien sind die konkurrierenden Richtungsgewerkschaften ein Problem. In Spanien kann hier eher von Geschlossenheit gesprochen werden.

Die Tarifbindung ist in Italien im Vergleich noch relativ stabil (allerdings bei Unklarheit über das wahre Ausmaß der Schattenwirtschaft), in Spanien hingegen ist sie dramatisch eingebrochen. In beiden Ländern gibt es seit 2010 massive politische Eingriffe in die Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Politik, bis in die Lohnpolitik hineinreichend. Eine massive Zunahme sozialer Ungleichheit ist zu verzeichnen. Die traditionellen Bündnispartner sind im politischen Raum nicht mehr vorhanden

Generalstreiks hatten in Spanien: 2010 noch schwache Effekten. 2011 war der Generalstreik trotz Folgebereitschaft der Beschäftigten völlig wirkungslos. In Spanien gibt es Bezüge zu neuen sozialen Bewegungen. Ru 15M- Bewegung werden positiv eingeschätzt, aber die Bewertung von Podemos fällt differenzierter aus. Podemos sei mit SYRIZA in Griechenland nicht vergleichbar, auch wenn ein Aufbrechen des korruptionsanfälligen Zweiparteiensystems für Spanien positiv zu bewerten sei.

Zum europapolitischen Kontext sei für Italien Interessant, dass die FIOM-CGIL (vor dem Hintergrund neuer VW-Niederlassungen in der Emilia Romagna) Kooperationskontakte zur IGM-Wolfsburg im Hinblick auf Organisationsansätze entlang der Wertschöpfungskette suche.

### **3.4. Plenumsdiskussion**

Die Beiträge aus der anschließenden Plenumsdiskussion lassen sich zu vier Komplexen bündeln:

- Man müsse fragen, ob man in unserer Debatte zugespitzt nur über Gewerkschaften sprechen könne oder nicht vielmehr immer über sie als Teil eines jeweiligen einzelstaatlichen Regulierungssystems. Dann nämlich seien die Abstände zwischen dem UK und Schweden sehr groß. Und dann, so ein weiterer Diskussionsbeitrag, bleibe das nordische Modell, auch wenn es inzwischen erodiert sei, immer noch orientierend.
- Es gelte die Betriebs- und Organisationspolitik der Gewerkschaften stärker zu beachten. Um z.B. in Plants deutscher Konzerne in den USA gewerkschaftlich Fuß zu fassen, müsse man bei den deutschen Konzernspitzen ansetzen. Die IGM kooperiere da z.B. mit der Automobilarbeitergewerkschaft in den USA oder auch mit ungarischen Gewerkschaften.
- Bei der Tarifpolitischen Koordinierung sei erst einmal zu fragen, was sie bedeuten solle: gemeinsam abgestimmte Verhandlungen oder gemeinsame Zielsetzungen. In der bisherigen Form sei davon Abschied zu nehmen. Es gelte zwischen gleichen und vergleichbaren Problemen zu unterscheiden und Aufgaben/Ziele zu definieren, die man gemeinsam angehen könne: (1) in der Tarifpolitik (Verbindlichkeitsregelungen), (2) in der Betriebspolitik bei den Euro-Betriebsräten, (3) gegenüber der Privatisierungslogik als gemeinsamem Problem, (4) im Blick auf einen europäischen Mindestlohn, (5) mit der Forderung, dass Unternehmen dort, wo sie tätig sind, ihre Steuern zahlen müssen. Es gehe hier nicht um ein Ja oder nein zur tarifpolitischen Koordinierung, sondern um einen Perspektivwechsel. Es gehe um die Befähigung zu einer gemeinsamen Kampagnenpolitik in Europa, die erfordere, dass man Leute vor Ort habe, die ihre Ziele leben.
- Mit der Akzeptanz des Maastrichter Vertrages seien die Gewerkschaften in eine Falle getappt. Seine Logik wirke im Sinne einer fortgesetzten Abwärtsspirale. Heute dürfe man sich nicht in die soziapolitische Ecke abdrängen lassen. Man müsse auch ge-

meinsame wirtschaftspolitische Ziele formulieren. Es sei jämmerlich, dass wir als Gewerkschaften nach so vielen Jahren Austeritätspolitik noch kein Alternativkonzept ausgearbeitet hätten.

#### **4. Vorträge und Podiumsdiskussion des zweiten Tages**

##### **4.1. Andreas Rieger: Perspektiven der europäischen Gewerkschaften nach der Krise – gibt es gemeinsame Handlungsperspektiven?**

Zeichne man die Entwicklung des Projekts Europa aus gewerkschaftlicher Perspektive nach, ergäben sich folgende Phasen: (1) Nach 1945 war das europäische Projekt (mit Marshallplan und Montanunion) gewerkschaftskompatibel. Es gab einen Wachstumspakt mit stabiler Lohnquote. Die Gewerkschaften hatten Kontakt und verglichen sich im Blick nach oben. (2) Ende der 1960er Jahre kamen die ersten strukturellen Brüche (Strukturkrisen Stahl und Bergbau), und die Gewerkschaften wurden schon seit den 1970ern geschwächt. Aber europäisch war das noch die Zeit der Schaffung des Binnenmarkts. Angesichts von Konflikterfahrungen im Ausgang der 1960er Jahre war für die Regierenden die soziale Flankierung des Umbaus unstrittig. Jacques Delors „Pakt für Modernisierung und sozialen Fortschritt“ zeigt das noch 20 Jahre später. (3) Die EU-Erweiterungen in den 1980ern bedeuteten für die hinzukommenden Länder eine Art nachholenden Korporatismus und die Erwartung einer Nivellierung nach oben. Der EGB wurde ausgebaut, auch wenn die europäische Handlungsebene für die Gewerkschaften eigentlich keine war. (4) Mit dem nächsten Erweiterungsschub verflüchtigte sich dann die soziale Flankierung und Industriepolitik war des Teufels. Das Versprechen für die neu hinzukommenden Staaten war nun: Kommt, wir haben einen riesigen Markt. Senkt die Steuern, dann habt ihr Wachstum.

So kann man heute sagen: Das ökonomische Projekt entspricht nicht mehr den gewerkschaftlichen Perspektiven. Die osteuropäischen Regierungen setzen auf das neoliberale Projekt, und auf die Sozialdemokratie ist seit dem Schröder-Blair-Papier nicht mehr Verlass.

Auf EU-Ebene gehört der EGB zu den wenigen, die sich dagegen gestellt haben, aber er war kaum handlungsfähig. Mit der Krise wurden Probleme der europäischen Gewerkschaftsbewegung sichtbar, die alle eigentlich schon vorher da gewesen sind. In Deutschland war ein erfolgreiches Krisenmanagement möglich. Anderenorts – siehe die Arbeitsgruppenergebnisse – ist es hingegen zappenduster.

Jetzt habe man unter Juncker die „Kommission der letzten Chance“. Industriepolitik, Dienstleistungspolitik, Jugendarbeitslosigkeit seien Themen, die heute diskutierbar sind. Das heiße freilich nicht, dass etwas passiert, aber es gebe Anknüpfungspunkte. Der politische Druck (von rechts und von links) nehme zu. In einzelnen Ländern gebe es ein Comeback der Gewerkschaften. Vor dem Hintergrund sehe er Chancen. Was sei zu tun, um sie zu nutzen?

- Die Gewerkschaften sind nicht so gespalten, dass in den wichtigen Punkten nicht die Gemeinsamkeiten stark gemacht werden könnten.
- Es fehle nicht an programmatischen Gemeinsamkeiten.
- Es sei gut denkbar, dass eine Kampagne gegen das TTIP in Gang kommen könne.
- Es gibt europäische Bürgerinitiativen (zum Thema Wasser).
- Es gibt eine größere Autonomie der Gewerkschaften und Allianzen mit Parteien und neuen Protestbewegungen.
- Es habe den koordinierten Generalstreik der „lateinischen“ Gewerkschaften gegeben.

- Wir werden nicht den europäischen Generalstreik haben, aber es ist möglich, zu mobilisieren und Kampagnenfähigkeit zu entwickeln, auch wenn niemand Verantwortlichkeiten an den EGB abgeben werde.

Zum Schluss wolle er zur am Vorabend heftig diskutierten Frage der koordinierten Tarifpolitik sagen: Die Gegenseite könne das. Sie habe ihre Lohnformel (entweder Preissteigerungen oder Produktivität, aber nicht beides), wisse was die Produktion wo koste und mache danach ihre Politik. Bei den Gewerkschaften laufe Koordination nicht über die „Tarifchefs“ und anfangs seien das deutsche Lohndumping und ein europäischer Mindestlohn die Themen gewesen. Aber in Abwandlung von Bsirske's „Europa ja, aber anders“ könne man auch sagen: „Tarifkoordination ja, aber anders“.

In der kurzen anschließenden **Diskussion** werden folgende Punkte angesprochen:

- Einerseits wird betont, die Entwicklung seit den 1950er Jahren sei sehr schön beschrieben worden. Die früheren institutionellen Grundlagen seien heute nicht mehr gegeben. Man sei nun tarifpolitisch auf die eigene Stärke berichtigt worden, und man müsse sich nun auf Themen verständigen und dann dafür mobilisierungsfähig werden. Andererseits wird kritisiert, dass der Vortrag aus einer zutiefst westeuropäischen Perspektive heraus gehalten worden sei. Die Implosion des gescheiterten Großversuchs der Arbeiterbewegung habe dazu geführt, dass man in Deutschland alle Kräfte gebraucht habe, um angesichts ihrer Wirkungen die Strukturen einigermaßen zu halten.
- Nochmals wird das Potential der Euro-Betriebsräte angesprochen. Neue Stärke müsse aus der Verbindung von betriebspolitischer Stärke und neuen politischen Mehrheiten kommen, ob sie nun Tsipras oder anders hießen.
- Ganz grundsätzlich benötige man in Europa eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik – wie seinerzeit nach Gründung der USA auch dort (von Hamilton gegen Washington vertreten). Dagegen wurde eingewandt, dass man in Europa nur einen Staatenbund gehabt haben wolle. Das sei heute angesichts gewachsener Euro-paskepsis nicht umkehrbar.
- Hinsichtlich der geforderten europäischen Kampagnenfähigkeit wird auf die schlechten Erfahrungen mit Unterschriftenaktionen verwiesen und in Bezug auf die Kohärenz der Programmatik in Europa wird Skepsis geäußert. Wie sonst sei zu erklären, dass die kommunikative Macht der Gewerkschaften so gering sei? Ergänzt wird dieses Argument mit dem erneuten Hinweis, dass europäische Politik der Gewerkschaften nicht in Brüssel stattfinde, sondern in Gestalt konkreter Aktionen vor Ort.

**Andreas Rieger** geht insbesondere auf den letzten Punkt nochmals ausführlich ein. Von Brüssel aus gesehen seien die Erfahrungen widersprüchlich. Ja, die CGIL habe eine europäische Unterschriftenkampagne als gewerkschaftlichen Handlungsweisen nicht entsprechend abgelehnt, dann aber selbst eine andere durchgeführt. Es fehle da an Verbindlichkeit, und man bemerke nicht, wo der EWGB sich programmatisch zusammenraufe, weil es dort in Brüssel keinen Menschen gebe, der für die Organisation von Kampagnen oder Kommunikationsprozessen zuständig sei. Die Schweizer UNIA habe dann Leute angeboten, die eine Kampagne hätten organisieren können, aber der EGB habe lieber Juristen haben wollen, weil er immer noch nach dem Konzept einer Lobby arbeite.

## 4.2. Udo Rehfeld: Ein kurzer Blick auf die französischen Gewerkschaften

Welches sei das französische Modell? Was hätten Frankreich, Portugal, Spanien und Italien, gemeinsam? Den Gewerkschaftspluralismus, und darin früher die kommunistische Gewerkschaft als die stärkste, deshalb auch ein konfliktorisches Modell, aber auch schon immer einen Staatsinterventionismus, der Schwächen der Gewerkschaften ausglich. Heute sei die typisierende Einordnung Frankreichs (romanische Polarisierung) schwieriger geworden. Partiiell sei Frankreich auf dem Weg zu einem Tripartismus; aber das habe schon lange vor Hollande begonnen.

Seit den 1970ern habe der Staat sektorale Regelungen gesetzgeberisch aufgegriffen, und seit den 1990ern gibt es Bemühungen der Arbeitgeber aus den institutionellen Strukturen auszusteigen, während die Gewerkschaften sich darauf nicht eingelassen hätten. Die AG zielten auf: (1) Senkung der Lohnnebenkosten, (2) den Vorrang von Verträgen vor gesetzlichen Regelungen und (3) den Vorrang betrieblicher vor sektoralen Regelungen. Zwischen 1989 und 2006 habe es 9 Abkommen mit der CFDT und weiteren kleineren Gewerkschaften gegeben, die die frühere Rolle der FO in diesem Prozess einnahmen. Heute unterscheide man in Frankreich den „reformistischen Block“ mit der CFDT von der CGT im Sinne der Umdeutung des Reformbegriffs hin zur Akzeptanz von Strukturreformen.

Bei der Neuordnung des Verhandlungsmodells konnten die Arbeitgeber sich durchsetzen: Die CFDT wollte ein Mehrheitsprinzip für betriebliche Abkommen (Abkommen nur Möglich, wenn Gewerkschaften, die 51% der Beschäftigten repräsentierten, zustimmen), konnte das aber nur negativ durchsetzen (es gilt wenn nicht Gewerkschaften, die mindestens 51% repräsentieren dagegen sind). Unter der Konservativen Regierung Sarkozy konnte der Vorrang gesetzlicher Regelungen abgeschafft werden. 2007 wurde die Konsultation der Sozialpartner vor jeder Gesetzgebung obligatorisch (analog dem Muster des Deutschen Modells), und 2008 die Frage der Repräsentativität der Gewerkschaften geändert. Entschied zuvor die Regierung, so wurde Repräsentativität nun von den Wahlergebnissen abhängig gemacht (betrieblich bei mindestens 10% der Stimmen erreicht, sektoral bei 8%). Betrieblich haben einige Gewerkschaften ihre Repräsentativität verloren.

Hollande habe vor seiner Wahl erklärt, er kenne nur einen Feind: das Finanzkapital, und sei dann nach der Wahl eingeknickt. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit solle nun nach deutschem Vorbild erfolgen. Das gelingt nicht, und nun wird – nach neoliberalen Muster – mehr von der gleichen Medizin angekündigt: ein „Neues wirtschaftliches und soziales Modell im Dienst der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit“ wurde so zuletzt beschlossen. CFDT und die kleineren Gewerkschaften haben unterzeichnet, nicht aber CGT und FO.

Auch nach deutschem Vorbild wird nun die Mitbestimmung als geeignetes Mittel angesehen, um langfristige Investitionstätigkeit anzuregen („Pakt für Verantwortung und Vertrauen“ mit aber nur schwachen Beteiligungsrechte im AR). Das Abkommen von 2013 ließ sich noch verhindern, weil die drei unterschreibenden Gewerkschaften nicht 51% der Beschäftigten repräsentierten. Es wurde daher als Protokollfeststellung deklariert.

Man könne also sagen: Es gibt nur eine begrenzte Bedeutung des Tripartismus aufgrund der Spaltung der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften verfügen aber immer noch über Machtressourcen. Die Cadres haben mit 14% den höchsten Organisationsgrad. Die Arbeiter sind zu etwa 6% Organisiert, der Organisationsgrad insgesamt liegt bei etwa 8%. Aber an den betrieblichen Wahlen nehmen immer noch mindestens 2/3 der Beschäftigten teil, von denen

77% die gewerkschaftlichen Listen wählen. Der Tarifliche Deckungsgrad liegt dank der Allgemeinverbindlichkeitserklärungen noch bei ca. 95%. Das Verhältnis zwischen Parteien und Gewerkschaften hat sich sehr distanziert (wobei gilt, dass die PS nie ein enges Verhältnis zu den Gewerkschaften hatte, anders als die PC zur CGT). Die CGT hat inzwischen aber auch beschlossen, dass ihr Generalsekretär keine Funktionen mehr in der PC haben soll – was freilich nicht heißt, dass der kein Kommunist sei, im Gegenteil.

### 4.3. Podiumsdiskussion

**Anne Karrass** knüpft in ihrem Eingangsstatement zunächst zustimmend an die Phasengliederung an, die **Andreas Rieger** in seinem Vortrag präsentiert hat. Im Ergebnis seien die Zukunftsversprechen damit weg und die Zustimmung zum Projekt Europa schwinde. Die herrschenden Eliten dächten in dieser Lage nicht neu nach. Vielmehr gingen sie – das zeigten selbst jüngste Äußerungen von Martin Schultz - mit der mangelnden Zustimmung so um, dass sie spalteten. Die Zustimmung, so das Argument, sinke, weil Brüssel zu bürokratisch sei. Also werde Bürokratieabbau gefordert, der aber auf den weiteren Abbau von Schutzbestimmungen hinauslaufe. Die Frage sei, weshalb das Comeback der Gewerkschaften nicht gelinge, wenn die EU zunehmend kritisch wahrgenommen werde. Ansatzpunkte für die Gewerkschaften seien immerhin (1) der Weg über die Konzernebene (Euro-Betriebsräte), (2) der Kampf um die Köpfe bei Allianzen mit Verbrauchern und Umweltschützern und (3) die Solidarität mit Griechenland.

**Ricard Bellara i Kirchhoff** konstatiert, dass die EU-Integration als Hebel zur Zerstörung nationaler Strukturen genutzt werde. Gegen den Weg auf der Leiter hinunter helfe nur Willen. Aber um den aufzubringen, müsse man eine Vorstellung davon haben, was man am oberen Ende der Leiter finden könne. Dazu aber müsse man – mit Oskar Negt formuliert – der chronischen Unterernährung unserer Phantasie“ entgegenwirken. Das sei sozusagen aus spanischer Perspektive der Blick auf die Streeck’schen Analysen.

Kurzfristig seien soziale Werte in den Vordergrund zu rücken. Es müsse also von sozialer Rettung gesprochen werden. Dann müssten wir uns klar machen, welchen Handlungsraum wir als Gewerkschaften hätten: (1) sozialen Zusammenhalt zurückgewinnen, (2) Allianzen schmieden (in Spanien bewege sich PODEMOS in die Gewerkschaften hinein); (3) auf dem EGB-Kongress im Oktober in Paris gemeinsame Ziele setzen wie z.B. eine europäische Gewerkschaftsmitgliedschaft, die der Mobilität der Jungen Menschen Rechnung trage.

**Udo Rehfeld** Beschränkt sich nach seinem vorherigen Kurzreferat auf ganz knappe Bemerkungen: Es gebe in Europa zwar keine Tarifverhandlungen aber doch durchaus beratende Einflussnahmemöglichkeiten auf die Beschlüsse der Kommission. Hier, wie beiden europäischen Bürgerinitiativen sei der EGB einer von vielen Akteuren der Zivilgesellschaft. Was dringend benötigt werde, sei mehr Leadership. Es sei ein Problem, dass nur die Hälfte des Personals des EGB in Brüssel als politische Sekretäre bezeichnet werden könne.

#### **Diskussion** im Plenum:

- Anschließend an Ricards Hinweis auf Negt wird an Gramscis Unterscheidung zwischen dem Pessimismus der analytischen Vernunft und dem Optimismus des Willens erinnert und analytisch auf das Totschlagargument der Wettbewerbsfähigkeit verwiesen. Das bedeute immer Senkung des Tauschwertes der Arbeitskraft und race to the bottom. Dagegen wird nochmals das nordische Modell angeführt. Hier werde Flexibilität der beschäftigten mit massiven Investitionen in Bildung verknüpft – also einer Stärkung des Gebrauchs-

werts der Arbeitskraft. Kritisiert wird weiterhin die Schwäche der Gewerkschaften, die viel weniger Arbeit in ihre Kommunikation steckten als die Unternehmen. Die Spanne werde immer größer. In einem weiteren Beitrag wird betont, dass zwischen Pessimismus der Analyse und Optimismus des Willens oft die Gefahr der Illusion liege. Man müsse realistisch prüfen, wo die Kräfteverhältnisse verändert werden könnten, und auf der Linie aller bisherigen Diskussionen im FNPA sei das die nationale Ebene. Syriza handele da ja nicht anders. **Andreas Rieger** sieht sich daraufhin veranlasst, nachdrücklich zu betonen, dass er keinen Illusionen hinterherlaufe. Er habe von Anknüpfungspunkten auf der europäischen Ebene gesprochen. Es gehe nicht darum, auf sie die ganzen Hoffnungen zu richten, sondern darum, das das vielleicht ½ Prozent der dort ausgegebenen finanziellen Ressourcen der Gewerkschaften effizient zu nutzen. Dazu mache er aus seinen Erfahrungen heraus Vorschläge.

- Weiter wird kritisch angemerkt, dass wir uns immer noch falsche Vorstellungen darüber machten, wie stark die Ablehnung der EU inzwischen sei (Wahlergebnisse in Italien, Frankreich dem UK). Da sei Vertrauen zerstört worden, und da gehe es um das Streeck'sche Argument der kolonialisierten Demokratie. Streeck habe aber, so ein weiterer Diskussionsbeitrag, nicht gesagt: „Zurück zu den Nationalstaaten“, sondern, „da werden wir landen, wenn wir in der EU so weiter machen“.
- Schließlich wurde die Schwäche der Gewerkschaften nochmals scharf kritisiert: Zum Einsatz gegen die Jugendarbeitslosigkeit lägen in Europa 6 Mrd. € unabgerufen herum. Warum gäbe es da keinen gewerkschaftlichen Aufruf, während die Jugend nach rechts abdrifte? Zu Griechenland gebe es den erfreulichen gewerkschaftlichen Aufruf. Aber der dümpele im Internet vor sich hin. Warum werde daraus über die Strukturen des DGB keine Kampagne gemacht? Und weshalb sehe man in Talkshows nie Gewerkschafter? Liege das allein an den Medien, oder liege das nicht auch an uns. Am kommen den Montag komme Tsipras nach Berlin. Was täten da die Gewerkschaften? Und weshalb werde unser Thema der Verteilung von uns nicht mehr offensiv kommuniziert?

#### 4.3. Schlusswort von Olivier Höbel

Für ihn seien dies zwei wunderbare halbe Tage gewesen. Aus der Schlussdebatte nehme er mit: (1) Ricards Forderung mehr Epik in die gewerkschaftliche Arbeit zu bringen, und sein Negt-Zitat von der „chronischen Unterernährung der Phantasie“ und (2) aus Udos Ausführungen zu Frankreich die Einsicht, dass die dort sehr wenigen Gewerkschaftsmitglieder eigentlich die Gewerkschaftsaktivisten seien. (3) Zu Andreas Referat sei ihm durch den Kopf gegangen, wie ähnlich unsere Erfahrungen in Ostdeutschland zu den Entwicklungsetappen in der EU gewesen sind – nur zeitlich viel dichter gedrängt. Zuerst wurden wir als Gewerkschaften dringend gebraucht, dann nahm man keinerlei Rücksicht mehr auf uns. Und dann sei da (4) Andreas Hinweis darauf, dass man beim EGB nur Briefe schreibt und kein Kampagnenbüro habe, richtig und wichtig.

Wir müssen uns die die Möglichkeit vor Augen führen, dass wir für den herrschenden Politikbetrieb verzichtbar werden könnten. Aber wir haben auch etwas durchgesetzt: den Mindestlohn, oder die Rente mit 63 Jahren nach 45 Jahren Erwerbstätigkeit und es gibt Ziele, für die wir mobilisieren können: (1) unsere organisationspolitische Stärkung, (2) die Rückgewinnung intellektueller Deutungshoheit, (3) Gute Arbeit, (4) Soziale Demokratie.

Dortmund, 27.03. Helmut Martens